

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 5. Dezember 2014

Ihr Schreiben vom 10. Oktober 2014 zu den Sendungen *Tagesthemen* - "Rede vor der UN-Vollversammlung" vom 27. September 2014 und *Tagesschau* - "Rede vor der UN-Vollversammlung" vom 28. September 2014

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 10. Oktober 2014 an das Gremienbüro des Norddeutschen Rundfunks zu den Sendungen *Tagesthemen* vom 27. September 2014 und die *Tagesschau* vom 28. September 2014 (8.30 Uhr). Das Schreiben wurde zuständigkeitshalber an den WDR weitergeleitet, wo es am 20. Oktober 2014. eingegangen ist.

Sie kritisieren, dass der Autor der beiden Beiträge „die Redebeiträge des deutschen und russischen Außenministers (...) eklatant verfälscht [habe]. Im Ergebnis musste für den Zuschauer zwangsläufig der Eindruck entstehen, der russische Außenminister habe in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung ... die Beteiligung der russischen Armee im ukrainischen Bürgerkrieg eingestanden.“ Des Weiteren tragen Sie vor, „diese beispiellose Manipulierung des Zuschauers ist ein schwerer Verstoß gegen die journalistische Ethik.“

Ihr Schreiben vom 20. Oktober 2014 werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie sich auf § 8 Absatz 1 und 2 NDR-Staatsvertrag beziehen. In der Sache rügen Sie damit eine Verletzung der Wahrheitspflicht, wie sie auch in § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz geregelt ist. Danach sind Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft oder Wahrheit zu prüfen. Allgemein gilt, dass der WDR der Wahrheit verpflichtet sein soll (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz).

Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen, so dass ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfe.

Punkt 1:

Es trifft nicht zu, dass mit dem Satz: *"Russland habe seine Truppen zurückgezogen, heißt es, es werde über die Einrichtung einer entmilitarisierten Pufferzone verhandelt"* (Tagesthemen vom 27. September 2014 und Tagesschau vom 28. September 2014) ein Truppenabzug aus der Ukraine gemeint war. Das hat der Autor beider Beiträge auch nicht gesagt. Er knüpft mit seiner Äußerung unmittelbar an den Redeausschnitt des Bundesaußenministers an, der lediglich von einer „unmittelbaren militärischen Konfrontation zwischen russischen und ukrainischen Streitkräften“ spricht. Wo diese Konfrontation stattgefunden hat, ließ er offen. Dementsprechend kommt im zitierten Satz das Wort „Ukraine“ nicht vor.

Vor seiner Rede vor der UN-Vollversammlung führte Frank Walter Steinmeier ein persönliches Gespräch mit einer Runde deutscher Journalisten zu dem Thema Ukraine-Konflikt, insbesondere zu den Minsker Verhandlungen und zur Einführung einer Pufferzone. Solche Gespräche sind ein wichtiger und anerkannter Teil der journalistischen Arbeit. Sie ermöglichen in vielen Fällen einen wichtigen Informationsaustausch und den Einblick in Prozesse und Zusammenhänge. Die in diesem Gespräch erhaltenen Informationen hat der Autor dann mit Bezug auf die Rede des deutschen Außenministers in seine Berichterstattung eingearbeitet, ein übliches journalistisches Verfahren. Und da sich Steinmeier auch in seiner Rede inzident auf das Abkommen bezieht (die Diplomatie hat das Äußerste verhindert), kann von einer „fehlerhaften oder manipulativen Berichterstattung“, wie Sie vermuten, nicht die Rede sein. Dennoch konzidiere ich, dass ein Zusatz im Text, etwa „so heißt es am Rande der UN-Vollversammlung“ der verdeutlicht hätte, dass der Bezugspunkt nicht allein die Rede gewesen ist, hilfreich gewesen wäre.

Punkt 2:

Das Minsker-Abkommen spielt auch in der Rede des russischen Außenministers Sergei Lawrow eine zentrale Rolle. Daher schließt Markus Schmidt in den *Tagesthemen* vom 29. September 2014 und in der *Tagesschau* vom 28. September 2014 um 8.30 Uhr an: *„Dazu der russische Außenminister: ‚Wir sind zum Interessensausgleich, zu Kompromissen und Konzessionen bereit, vorausgesetzt man behandelt uns mit Respekt.‘“*

Wenn Sie die Rede Lawrows vor der UN-Vollversammlung in der von Ihnen selbst benannten russischen Quelle nachlesen¹, so finden Sie ebendort die entsprechende Belegstelle: *„We will be prepared to search for compromises and the balancing of inte-*

¹ http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/CDEA7854FF002B5A44257D62004F7236

rests and go as far as to exchange concessions provided only that the discussion is respectful and equal."

Lawrow bezieht sich in seiner Rede auf die Minsker Verhandlungen, die unstrittig auch die Einrichtung einer Pufferzone beinhalteten. Dies berichtete unter anderem auch die Agentur Reuters am 26. September 2014: „Bereits am 19. September hatten die drei Seiten in der weißrussischen Hauptstadt Minsk über eine 30 Kilometer große Pufferzone gesprochen, aus der schwere Waffen zurückgezogen werden sollen.“

Dabei bezieht sich Lawrow in seiner Rede klar auf die aktuelle politische Agenda. Dass er in diesem Kontext auch einen historischen Bezug hinzunimmt, stützt Ihren Vorwurf, das Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen worden, darum nicht.

Somit kann ich keine Manipulation in dem von Ihnen unterstellten Sinne feststellen. In den kritisierten Beiträgen zitiert der New Yorker Korrespondent Schmidt weder falsch noch ordnet er Aussagen sinnentstellend zu. Einen „schweren Verstoß gegen die journalistische Ethik“ kann ich daher nicht erkennen.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass eine Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde daher nicht abhelfe.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Abschließend möchte ich noch gerne auf Folgendes hinweisen: Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dieser Bescheid ist mithin auch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Auch bei der gemäß § 10 Absatz 4 WDR Gesetz vorgesehenen Veröffentlichung des Vierteljahresberichts des Intendanten ist darauf zu achten, dass die schutzwürdigen Belange von Betroffenen gewahrt bleiben. Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch den Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V. geprüft/geklärt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow